



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71

Elpons, Paul von
Saarbrücken, [1894]

Dienstag, 12. Juli.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-66798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-66798)

Das ist eine Ueberrumpelung und eine Taschenspielererei. Millionen von Bauern haben neulich zur Wiederwahl des Kaisers Napoleon blind Ja gesagt. Warum? Weil sie eine Erschütterung zu vermeiden glaubten, die ihnen Furcht einjagte. Haben sie geglaubt für den Krieg, für den Tod ihrer Kinder zu stimmen? Es ist schrecklich, daß man jenes unüberlegte Botum so mißbraucht. Aber der Gipfel der Schande, der moralische Tod wäre es, wenn Frankreich in diesem Maße gegen alle seine Gefinnungen und alle seine Interessen sich gehen ließe. Machen wir unser Plebiszitt und diesmal ein ernstliches! Befragen wir, Klasse für Klasse, von den Reichsten bis zu den Armsten, von den Städtern bis zu den Bauern, befragen wir die Nation! Wenden wir uns an diejenigen, welche kürzlich diese Majorität ernannt haben, die jetzt ihr Versprechen vergißt! Zu einem Jeden von ihnen hat man gesagt: „Ja, aber vor allen Dingen keinen Krieg!“ Daran denken sie nicht mehr. Aber Frankreich denkt daran. Es wird mit uns eine Adresse der Verbündeter für Europa, der Achtung für die spanische Unabhängigkeit zeichnen. Pflanzen wir die Fahne des Friedens auf! Krieg nur denen, welche den Krieg in dieser Welt haben wollen!“

Paris. Sämmtliche Journale enthalten sich bereits, über Truppenzüge Mittheilung zu machen. Heute soll im Gesetzgebenden Körper und Senat zugleich ein Anhang zum Verhütungsgesetz eingebracht werden, wodurch die Art der erlaubten Mittheilungen über Dinge des Krieges den Zeitungen genau vorgeschrieben ist, während schwere Strafen über die Blätter verhängt sind, die dagegen fehlen. Der Kaiser soll, als von einem Congreß die Rede kam, geäußert haben: „Eerst nachgeben, dann wohl! aber nicht vorher!“ Granier v. Cassagnac, der bonapartistische Heißsporn, ist wie toll im „Pays“. Es sei ein Verbrechen, sagt er, wenn man sich die herrliche Gelegenheit entgehen ließe. Die Majorität sei wie ein Mann mit der Regierung und verlange den Krieg. Der Handel, den die Unsicherheit erdrücke, fordere es selbst. (!) Auch im „Soir“, der Einflüsterungen der Minister empfängt, macht sich eine sehr gehässige Gefinnung gegen Preußen Luft. d'Alton Schée, der Gegenkandidat des Herrn Thiers bei den Pariser Wahlen, veröffentlicht in der „Cloche“ einen heftigen Artikel gegen das Kaiserthum, der mit den Worten schließt: „Das Kaiserthum hat seine Mittel aufgebraucht, es hat nur noch eine Hoffnung, die ist der Krieg. Die Demokratie (lesen wir Republik) steht aber bereit, um ihre Erbschaft anzutreten.“ Es stellt sich jetzt heraus, als habe Thiers nicht unschuldiger Weise jüngst eine antipreußische Rede gehalten, die des Lobes Bismarck's voll war. Den Ministern war diese Unterstützung erwünscht und Thiers war somit wieder einmal der Unglücksvogel, der verhängnißvolle Genius des Landes. — Seit Gramont's Erklärung, heißt es, soll sich der General Fleury in Petersburg einer besonderen Freundschaft des Zaren zu rühmen haben. Die altrussische Partei jaunt dem Thronfolger ist bekanntlich längst schon nicht gut preußisch gesinnt. — Es verlautet, die Nord- und Westbahn hätten Befehl erhalten, alle Waggonen für Truppenzüge von heute an bereit zu halten.

Paris. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers erklärte der Herzog von Gramont auf diesbezügliche Anfragen:

„Die Regierung begreift die Ungeduld der Kammer und des Landes, aber es ist unmöglich, schon jetzt den definitiven Entschluß mitzutheilen. Die Regierung erwartet noch die Antwort, welche sie in ihrem Entschlusse leiten wird. Bis jetzt scheinen alle Kabinette die Berechtigung unserer Beschwerden zuzugeben. Die Regierung hofft, daß sie bald in der Lage sei, der allgemeinen Ungeduld zu genügen, heute aber appellire sie an den Patriotismus und das richtige politische Urtheil der Kammer und bitte, sich an dieser unvollständigen Erklärung genügen zu lassen.“

Paris. Der „Constitutionnel“ meldet, König Wilhelm habe den Prinzen Leopold zur Annahme der spanischen Krone

ermächtigt und von Benedetti einen Ausschub zur Verantwortung der überreichten französischen Protestation verlangt, den ihm die französische Regierung nur für kurze Frist bewilligt habe. Der „Constitutionnel“ macht darauf eine Aufzählung aller Frankreich gegenüber stehenden Streitkräfte des Nordbundes.

Dienstag, 12. Juli.

Berlin. Der Fürst Anton von Hohenzollern hat an Herrn Olozaga, spanischen Botschafter in Paris, folgende Depesche gesandt:

„Ich mache es mir zur Pflicht, Ihnen die wörtliche Copie eines Telegramms zugehen zu lassen, das ich soeben an den Marshall Prim nach Madrid gesandt: Gegenüber den Verwicklungen, welche durch die Kandidatur meines Sohnes Leopold entstanden, Verwicklungen, die nothwendiger Weise einen gewissen Einfluß auf die Cortes ausüben müssen, so daß ein Botum derselben nicht wohl ohne Mitwirkung von Elementen möglich wäre, welche der Person, um die es sich handelt, durchaus fremd sind, trete ich im Namen meines Sohnes von der Kandidatur auf den spanischen Thron zurück.“

Schloß Sigmaringen, 12. Juli, 11 Uhr 28 Min.

Anton Hohenzollern.“

Ferner ging dem „Schwäbischen Merkur“ folgendes Telegramm zu:

Sigmaringen. Der Erbprinz von Hohenzollern, um der spanischen Regierung die Freiheit ihrer Initiative zurückzugeben, entsagt seiner Thronkandidatur, fest entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zu einem Kriegsvorwande heranzuziehen zu lassen. Im Auftrage des Fürsten: Hofkammerrath Lafer.

Emß. Der König hielt heute Vormittag mit dem Prinzen Albrecht eine Musterung über die Garnison von Coblenz ab. Vorher empfing derselbe den Gesandten der Pforte bei dem norddeutschen Bund, Aristarchy Bey. Dieser und Herr Benedetti sind heute zur königlichen Tafel gezogen.

Berlin. Die „Kreuzzeitung“ erklärt: Die drohenden Aeußerungen des Herzogs von Gramont sind das Zeichen eines überlegten Planes, bei dem Spanien nur der Vorwand, die Spitze aber gegen Preußen und Deutschland gekehrt ist. Ist es nicht eine maßlose Arroganz, von Deutschland zu verlangen, daß es zu Gunsten der französischen Politik Gendarmeriedienst thue, hier für den Prinzen von Asturien gegen einen majorennen deutschen Fürsten? Beansprucht Frankreich ein Bevormundungsrecht über seine Nachbarvölker, so ist von gesichertem Frieden nicht mehr die Rede, so ist die Haltbarkeit des Friedens nur eine Frage der Zeit, die jeder Tag verneinen kann. Wer mit uns Handel vom Zaune bricht, wird uns zur Abwehr bereit finden.

Berlin. Dießigen Blättern zufolge hat das auswärtige Amt den süddeutschen Kabinetten in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt die offizielle Notifikation zugehen lassen, daß die preußische Regierung sich nach wie vor nicht in die spanischen Verhältnisse mischen, also der spanischen Nation wie dem Prinzen Leopold freies Feld lassen werde. Es liegt hierin zugleich eine erste Hinweisung auf die Allianzverträge, im Falle es zu einer ernstlichen Katastrophe kommen sollte.

Berlin. Graf Bismarck ist soeben, in der fünften Nachmittagsstunde, begleitet von dem Geheimen Legationsrath v. Reudell und dem Legationsrath Bucher, aus Warzin hier eingetroffen. Er wird sich von hier in Begleitung des heute Morgen aus St. Petersburg angekommenen Gesandten an russischen Hofe, des Prinzen Reuß, zum König nach Emß begeben, sobald er mit dem auf der Durchreise nach Wildbad hier erwarteten russischen Reichskanzler, Fürsten Gortschakoff, sich besprochen hat. Eben dahin wird auch unser Gesandter am Stuttgarter Hofe, Frhr. v. Rosenbergs, reisen.

Berlin. Das Staatsministerium trat, soweit es in den gegenwärtig hier anwesenden Ministern (beispielsweise, Eulenburg vertreten ist, heute zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Kriegsministers v. Roon zusammen, welcher von Gütergoh herübergekommen war. Veranlassung zu dieser Sitzung gaben augenscheinlich die neuesten Nachrichten aus Paris.

Paris. Der preussische Botschafter war heute Morgen wieder hier eingetroffen, ebenso Herr von Bourquency mit Depeschen von Benedetti und Herr von Bourgoing mit Depeschen der Botschaft in Wien. Der Kaiser, der nach den Tuileries sich begeben und daselbst Ministerrath gehalten hat, hat um 1 Uhr Herrn von Werther empfangen. Später hatten die Minister Olivier und Gramont eine lange Besprechung mit Herrn von Werther, die bis halb vier Uhr dauerte.

Der spanische Botschafter hat eine Depesche des Fürsten Anton von Hohenzollern erhalten, des Inhalts, der Fürst habe an den Marschall Prim telegraphirt, daß Angesichts der Schwierigkeiten, auf welche die Kandidatur seines Sohnes zu stoßen scheint, er in dessen Namen dieselbe zurückgezogen habe. Er fügte bei, daß, da die letzten Ereignisse eine solche Situation geschaffen hätten, Spanien nur von dem Gefühl seiner Unabhängigkeit sich leiten lassen könne, das Bortum nicht als ein aufrichtiges und freiwilliges betrachtet werden könne, wie dies für die Wahl eines Monarchen nothwendig wäre.

Im Gesetzgebenden Körper herrschte große Aufregung. Während die Einen der Meinung waren, daß die Verzichtleistung des Prinzen Hohenzollern die Schwierigkeiten beendige, behaupteten Andere das Gegentheil und versicherten, daß gleichwohl eine Mittheilung an den Gesetzgebenden Körper erfolgen werde. In der Sitzung richtete sodann Herr Duvernois einen Antrag an das Kabinet über die Garantien, die gefordert worden seien oder die man fordern werde, um der Wiederkehr derartiger Verwickelungen mit Preußen vorzubeugen. Herr Duvernois überließ es der Regierung, den Zeitpunkt zur Beantwortung dieser Frage zu bestimmen. Die Kammer ging darauf zur Budget-Diskussion über.

Paris. Auch das „Journal des Débats“ erhebt heute abermals in sehr anerkennenswerther Weise seine Stimme, um, wenn es noch möglich ist, dem fluchwürdigen Krieg vorzubeugen, dessen Ausbruch droht. Einerseits rath es dem Prinzen von Hohenzollern, der Humanität und dem europäischen Frieden seinen persönlichen Ehrgeiz zum Opfer zu bringen, andererseits appellirt das Blatt an die Vernünftigen unter seinen Landsleuten, indem es ihnen sagt:

„Der Patriotismus kann nicht darin bestehen, sofort Feuer und Flamme zu sein für oder gegen eine Nation, alle Rücksicht ihr gegenüber zu vergessen und ein Ministerium zu unterstützen, weil es in feierlichem Tone von der Größe und der Sicherheit des vom Auslande bedrohten Frankreichs spricht.“

Paris. Der „Temps“ schreibt: Unser Ministerpräsident hat, nach Meldung der Zeitung „Public“, erklärt: Im Auswärtigen Amte habe ich unsere ganze diplomatische Sammlung lesen wollen, und die Scham ist mir in's Gesicht gestiegen; ich habe Frankreich erniedrigt gesehen, den Kaiser auf den Knien vor Europa, und ich habe mir gesagt: Wir müssen Krieg haben! Der Krieg allein kann uns wieder aufrichten. Diese Mittheilung, so sagt der „Temps“, ist bisher nicht widerrufen worden.

London. In der Nachtsitzung des Oberhauses erwiderte auf die Interpellation des Lord Malmesbury der Staatssekretär des Aeußern, Earl Granville:

„Dienstag Abend erfuhr ich telegraphisch, was die provisorische Regierung Spaniens gethan hatte. Am Mittwoch kam der französische Botschafter, Marquis de Lavalette, zu mir und theilte mir den Entschluß Frankreichs mit, die

Ausführung des Projekts zu verhindern. Ich sagte dem Botschafter, die Neuigkeit habe mich und Gladstone überrascht, ich müßte aber mein Urtheil zurückhalten, bedauerte die starken Aeußerungen der französischen Minister, räumte aber das Vorhandensein einer starken Aufregung in Frankreich ein. Ich werde bemüht sein, ohne Dictation und unbeschadet der Würde anderer Länder und Regierungen Europa's die Nothwendigkeit einer allseitigen Erörterung dieser Frage vorzustellen, und hoffe, die Mäßigung der Fürsten und Staatsmänner werde den Krieg abwenden.“

Im Unterhause antwortete Gladstone auf eine Interpellation Hunt's, die englische Regierung wisse nicht, daß die preussische Regierung sich zur Billigung der Wahl irgendwie gebunden habe.

Mittwoch, 13. Juli.

Berlin. Die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz“ bringt folgenden zusammenfassenden Artikel, in welchem mit Würde und Festigkeit die letzten Ereignisse besprochen werden:

„Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheines bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu Gute hält, so dürfte man doch erwarten von einem Manne, wie dem Herzog von Gramont, welcher als der Auswärtige Minister eines großen Landes die Gewohnheit und Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, daß er im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtnahme angefaßt hätte.

Wäre wirklich ein überwiegendes französisches Interesse durch die Kandidatur des hohenzollern'schen Prinzen verlegt worden, so wäre bis zum 6 Juli für Frankreich nichts leichter gewesen, als die guten Dienste irgend einer befreundeten Macht, vielleicht gerade Preußens, in vertraulicher Weise in Anspruch zu nehmen, um den Versuch zu machen, die thatsächlichen Verhältnisse mit den Interessen Frankreichs womöglich in Einklang zu bringen. Der Weg dagegen, welchen der Herzog von Gramont eingeschlagen hat, die im diplomatischen Verkehr und im Munde eines Auswärtigen Ministers unerhörte Färbung der von ihm beliebten Sprache müssen in den Gefühlen des deutschen Volkes eine tiefe und ernste Verstimmung begründen.

Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblick an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage nicht dazu angethan schien. Man dürfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preussischen Königshause eine Namensverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Kandidatur stellen würde, — daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde.

Die preussische Regierung als solche ist, wie auch den Vertretern in Deutschland mitgetheilt worden, der ganzen